



16.06.2006 | Medienmitteilung

## **Bundesrat gefährdet die Kohäsionsvorlage**

---

**«Was der Bundesrat heute beschlossen hat, ist unverständlich. Die öffentliche Entwicklungshilfe im Osten soll gekürzt werden, um den Kohäsionsbeitrag zu finanzieren. Der Bundesrat gefährdet die Kohäsionsvorlage und damit die Beziehungen zur EU insgesamt», erklärt SP-Präsident Hans-Jürg Fehr. Mit seinem Beschluss setzt er sich über den rechtskräftigen Auftrag des Parlamentes sowie über den Kompromiss der Bundesratsparteien SP, FDP und CVP hinweg. Angesichts dieses Entscheides wird die SP Schweiz ihre Haltung im bevorstehenden Referendumskampf überdenken müssen.**

Die SP steht entschlossen hinter der Kohäsionsmilliarde. Der Beitrag der Schweiz ist konsequent, denn unser Land profitiert finanziell und wirtschaftlich in erheblichem Masse vom Zugang zu boomenden Märkten in den zehn neuen EU-Mitgliedländern. Für die SP ist aber ebenso klar, dass die öffentliche Entwicklungshilfe von der Finanzierung der Kohäsion nicht tangiert werden darf. Genau vor einer Woche hat auch der Ständerat die Motion Leuthard in diesem Sinne klar angenommen. Der Nationalrat hatte sie bereits früher akzeptiert.

Nach Gesprächen zwischen Bundesrätin Calmy-Rey und Bundesrat Deiss und VertreterInnen von SP, FDP und CVP wurde ein Kompromiss gefunden, wonach die Finanzierung der über 10 Jahre zu zahlenden Milliarde je zur Hälfte bei EDA/EVD und beim Budget kompensiert wird. Die öffentliche Entwicklungshilfe bliebe somit intakt. Das bedeutet auch, dass die Einnahmen aus der Zinsbesteuerung herangezogen werden müssten. Die SP trägt diesen Kompromiss mit. Heute wurde aber beschlossen, auch die OECD-relevante Osthilfe zu kürzen. Das ist für die SP ganz klar inakzeptabel.

---

**Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Lebensqualität!**  
**SP Schweiz – [www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)**

SP Schweiz, Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern

---

» Fenster schliessen